

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Verwaltungsvorstand II/ Erster Beigeordneter und Stadtbaurat	Drucksachen-Nr. 117/2008			
Beschlussvorlage				
			<input checked="" type="checkbox"/>	Öffentlich
			<input type="checkbox"/>	Nichtöffentlich
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)		
Hauptausschuss	19.02.2008	Beratung		

<p>Tagesordnungspunkt</p> <p>Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung</p>
<p>Beschlussvorschlag:</p> <p>@-></p> <p>Dem Antrag der FDP – Fraktion vom 12. 11. 2007 zur Einführung eines Gütezeichens „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ kann aus Kostengründen leider nicht zugestimmt werden.</p> <p><-@</p>

Sachdarstellung / Begründung:

@->

Entsprechend dem Antrag der FDP – Fraktion vom 12. 11. 2007 zur Einführung eines Gütezeichens „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ war zu prüfen ob die Stadt Bergisch Gladbach die erforderlichen Maßnahmen für die Zertifizierung 2008 einleitet und entsprechende Mittel im Haushalt zur Verfügung stellt.

Im Rahmen der Umsetzung strategischer Ziele ist die Verwaltung, hier in den verschiedensten Fachbereichen (Ordnungsbehörde, Planung, Bauordnung, Stadtentwicklung etc.) gezielt auch durch die Wirtschaftsförderung, bestrebt und angewiesen entsprechend den Anforderungen der Zertifizierung „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ zu verfahren. Das bedeutet, bereits heute werden die überwiegenden Anforderungen zur Erlangung des Zertifikates erfüllt. Insbesondere die Wirtschaftsförderung ist im Rahmen der „Kundenbetreuung“ bestrebt, Standortsuchenden die Vorteile der Stadt nahe zu bringen und bietet hier umfassende Dienstleistungen und Unterstützung gerade innerhalb der Verwaltung. Der Nachweis und die Dokumentation der erfüllten Voraussetzungen zur Erlangung des Gütezeichens erfordern aber laufend und zwingend alle zwei Jahre eine umfangreiche Prüfung und Aktualisierung. Hierdurch wird unnötiger Verwaltungsaufwand neben den eigentlichen Aufgaben und Zielen der jeweiligen Produktgruppen verursacht. Dem gegenüber steht der anvisierte Nutzen des Konzeptes „mittelstandsfreundliche Verwaltung“, welcher eine messbare Vergleichbarkeit der Dienstleistungen unter Kommunen schafft, um ein Qualitätsmerkmal zur Standortsuche zu schaffen. Die Dienstleistungsqualität einer Kommune ist mit Sicherheit auch ein Faktor, welcher ein Unternehmen bei der Standortsuche berücksichtigt und eine Vergleichbarkeit hier ist durchaus sinnvoll. Da die gelisteten Kriterien aber bereits Berücksichtigung in der aktuellen Arbeitsweise u. a. der städtischen Wirtschaftsförderung finden, die Dienstleistungen in diesem Bereich also de Facto bereits im weitesten erbracht werden, sollte auf zusätzlichen Verwaltungsaufwand verzichtet werden. Die begrenzten Ressourcen sollten für die unmittelbare Betreuung der Standortsuchenden genutzt werden.

<-@

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	